

die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung<sup>281</sup> und in dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung<sup>282</sup>.

### RESOLUTION 67/218

Verabschiedet auf der 61. Plenarsitzung am 21. Dezember 2012, ohne Abstimmung, auf Empfehlung des Ausschusses (A/67/439/Add.1, Ziff. 10)<sup>283</sup>.

#### **67/218. Förderung von Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit in der Finanzpolitik**

*Die Generalversammlung,*

*unter Hinweis* auf ihre Resolution 66/209 vom 22. Dezember 2011 und ihre früheren Resolutionen über öffentliche Verwaltung und Entwicklung,

*sowie unter Hinweis* auf die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen<sup>284</sup>,

*in der Erkenntnis*, dass sich die Finanzpolitik in entscheidendem Maße auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ergebnisse aller Länder, ungeachtet ihres Entwicklungsstands, auswirkt,

*betonend*, dass es notwendig ist, die Qualität, Effizienz und Wirksamkeit der Finanzpolitik zu verbessern,

*in der Erkenntnis*, dass Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit in der Finanzpolitik eine entscheidende Rolle bei der Herbeiführung finanzieller Stabilität, der Verringerung der Armut, der Verwirklichung eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und der Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung spielen können,

*sowie in der Erkenntnis*, dass Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit in der Finanzpolitik in einer Weise gefördert werden sollen, die mit den unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern und den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften vereinbar ist,

1. *nimmt Kenntnis* von der Globalen Initiative für fiskalische Transparenz und ihren Hocharrangigen Grundsätzen für fiskalische Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit aus dem Jahr 2012<sup>285</sup>;

2. *ermutigt* die Mitgliedstaaten zu verstärkten Anstrengungen, die Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit in der Finanzpolitik zu erhöhen, namentlich durch die freiwillige Berücksichtigung der durch die Initiative aufgestellten Grundsätze;

3. *ermutigt* die Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht *außerdem*, Diskussionen darüber zu fördern, wie das gemeinsame Ziel einer transparenten, partizipatorischen und verantwortungsvollen Steuerung der Finanzpolitik vorangebracht werden kann;

4. *bittet* die Mitgliedstaaten und die zuständigen Institutionen der Vereinten Nationen, die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen allen Interessenträgern zu fördern, um die Mitgliedstaaten beim Aufbau von Kapazitäten und dem Austausch von Erfahrungen im Hinblick auf Transparenz, Partizipation und Verantwortlichkeit in der Finanzpolitik zu unterstützen.

---

<sup>281</sup> Resolution 3201 (S-VI).

<sup>282</sup> Resolution 3202 (S-VI).

<sup>283</sup> Der in dem Bericht empfohlene Resolutionsentwurf wurde im Ausschuss eingebracht von: Australien, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Bulgarien, Chile, Costa Rica, Dänemark, Deutschland, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, El Salvador, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Guatemala, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Kolumbien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Montenegro, Neuseeland, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Österreich, Philippinen, Polen, Portugal, Republik Moldau, Rumänien, Schweden, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Sri Lanka, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika und Zypern.

<sup>284</sup> Resolution 55/2.

<sup>285</sup> Unterstützt von den Regierungen Brasiliens und der Philippinen, dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der International Budget Partnership.